

2/X. 1917

MR

## Die Bekämpfung des Kriegswuchers.

[ Die Beratungen des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß des Reichstages behandelte heute zunächst einen Antrag des Zentrums, den Reichskanzler erneut und dringend zu ersuchen, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den Kriegswucher aller Art wirksam bekämpft und insbesondere die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögengewinne in allen Fällen vorschreibt. — Zur Begründung des Antrags betonte der Zentrumsvorredner, Dr. Pflieger, daß unbedingt gegen jede wucherische Ausbeutung des Volkes eingeschritten und die vom Reichstag schon früher geforderte Herausgabe der Wuchergewinne an das Reich durchgeführt werden müsse. Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß zur Prüfung der Meereslieferungen habe das nötige Material nicht vorgelegt erhalten, so daß Klarheit darüber nicht habe geschafft werden können. Die Geschäftsbedingungen mancher Syndikate ließen auf eine Bergewaltigung der Wucherer hinaus. Der vom Reichstag verlangten Verschärfung des Wuchergesetzes solle durch die Vorlage dieses Gesetzentwurfs stattgegeben werden.

Abg. Dr. Nießer (nll.) legte des näheren die Verhältnisse dar, in welche der ehrliche Kaufmannsstand durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts hinsichtlich der Preisbildung für Gegenstände des täglichen Bedarfs geraten sei. Der verlangte Gesetzentwurf dürfe es nicht ermöglichen, daß Kaufleute, die Preise unter Berücksichtigung der Marktlage forderben, gesaft werden könnten. Die Verfolgung und Bestrafung elender Wucherer müsse jedoch eintreten. Die Judikatur dürfe jedoch kein Schlagwort werden. Wenn eine Rechtswidrigkeit nicht vorlege, dürfe nicht von vornherein mit Strafen eingeschritten werden.

Abg. Noske (Soz.) erklärte, dem Zentrumsantrag zustimmen zu wollen, obwohl er zugeben müsse, daß die Regierung eine schwere Aufgabe erhalte, wenn sie dem Antrag gerecht werden wolle. Bei der heutigen Lebensmittelversorgung sei es schwer, alle Art von Wucher zu treffen. Den Kriegsgewinnern sollten durch eine entsprechende Gesetzgebung übermäßige Gewinne abgenommen werden. Redner bedauerte ebenfalls, daß der Prüfungsausschuß für Meereslieferungen keine Gelegenheit erhalten habe, die Rechnungen über die Militärlieferungen zu prüfen. Die Regierung habe hier wenig Entgegenkommen gezeigt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie es nicht nötig habe, die Lieferungsverträge vorzulegen. Redner verlangte, daß der Prüfungsausschuß des Reichskanzlers durch einen Ausschuß des Reichstags, ausgestattet mit dem Informations- und Vernehmungsrecht, ersetzt werde.

Abg. Simon (l. Soz.) verwies auf die nach seiner Ansicht mit Hilfe der Staatsforstverwaltungen in die Höhe getriebenen Holzpreise und verlangte Festsetzung von Höchstpreisen. Durch das Gehelassen im Rohhandel (Kehr für Geschäfte) habe eine Berliner Firma in wenigen Monaten viele Millionen Mark aus Mitteln des Reichs verdient. Andere Geschäftsleute schloßen daraus, daß es nun ihrerseits ebenfalls erlaubt sein müsse, hohe Gewinne zu machen. Die niedrige Bestrafung der Kriegswucherer wirke zu wenig abschreckend.